

Kleine Anfrage 2722

des Abgeordneten Peter Vida (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe)

an die Landesregierung

Schikanierung eines Kolkwitzer Hofladens

In Kolkwitz / OT Klein Gaglow befindet sich seit 2009 ein in zulässiger Weise errichteter Hofladen der Familie V. Das ganze Gebäudeensemble hat den Charakter eines Dreiseitenhofes. Mit nachträglicher Baugenehmigung vom 10.03.2013 erfolgte eine Erweiterung um einen Imbissbetrieb mit Ausschank ohne Außensitzplätze auf dem Innenhof. Bereits zuvor gab es massive und zeitverzögernde Einsprüche des Nachbarn Herrn P. gegen beide Vorhaben, die aber am Ende unberücksichtigt blieben.

Eine weitere Baugenehmigung für eine in der Scheune befindliche Räucheranlage für hof-typische Produkte wurde am 14.03.2014 genehmigt. Dennoch setzte der Nachbar unter zumindest fragwürdiger Nutzung seiner Stellung seine Attacken gegen den dörflichen Betrieb in unerträglicher Weise fort. Eine Nutzungsuntersagung ohne vorherige Anhörung der Betreiber war die Folge. Selbst der ersatzweise angeschaffte mobile Räuchergrill wurde untersagt. Zugleich wurde auch die spärliche Möblierung im Innenhof (vom Nachbar weg-gewandte Seite!) trotz privater Nutzung untersagt.

Das Vorgehen der Bauordnungsbehörde widerspricht allen Erfahrungswerten und vergleichbaren Fällen. Es drängt sich der Verdacht der Unterstützung schikanösen Verhaltens auf, die zur Vernichtung einer kleinbetrieblichen Existenz und nachbarschaftlich-kultureller Einrichtungen führt.

Ich frage die Landesregierung:

1. Teilt die Landesregierung das Vorgehen des Bauordnungsamtes hinsichtlich der späteren Nutzungsuntersagung des Imbiss- und Ausschankbetriebes trotz erteilter Baugenehmigung?
2. Teilt die Landesregierung das Vorgehen des Bauordnungsamtes hinsichtlich der Entfernung der Hofmöblierung ohne Rücksicht auf die Teilnutzung durch die Mieter und ohne Aussicht auf eine nachträgliche Genehmigungsmöglichkeit?
3. Teilt die Landesregierung das Verbot der Nutzung des mobilen Räucherwagens? Die in dem Bescheid speziell für diesen eingeforderte Baugenehmigung als bauliche Anlage kann nicht nachvollzogen werden.

4. Was gedenkt die Landesregierung im Sinne der einheitlichen Anwendung von Landesrecht (Bauordnung) zu tun, um so auch die Existenzvernichtung eines kleinen dörflichen Betriebes zu verhindern?